

den Einzelplan 08 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 08 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04 Ministerium der Justiz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/11904 hin.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin für die Fraktion der SPD der Abgeordneten Frau Bongers das Wort.

Sonja Bongers (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In einem sind wir uns wohl alle einig: Haushaltspläne sind in Zahlen gegossene Politik.

Wir als SPD-Fraktion unterstützen gerne eine Politik, in der die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertgeschätzt wird.

Wir unterstützen ebenfalls aus tiefster Überzeugung eine Politik, in der die nordrhein-westfälische Justiz mit ausreichend Personal ausgestattet wird. Eine personell gut aufgestellte Justiz bedeutet letztlich, dass Bürgerinnen und Bürger vor Gericht schneller zu ihrem Recht kommen. Sie bedeutet auch, dass unsere Gefängnisse sicherer sind, Opferschutz breiter aufgestellt ist und mit Gefangenen adäquater umgegangen werden kann.

Ausreichend Personal bedeutet darüber hinaus immer die Entlastung der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die teilweise ohnehin schon am Limit arbeiten. Aus diesem Grund finden wir es grundsätzlich gut, dass der Haushaltsplan vorsieht, neue Stellen zu schaffen. Dadurch wird unser politisches Anliegen gestärkt. Dadurch wird aus unserer Sicht ebenfalls der Rechtsstaat gestärkt. Das Problem sehen wir eher, wie in den vergangenen Jahren, in der Umsetzung.

Verehrte Landesregierung, Sie schreiben, dass Sie einen Schwerpunkt auf die Besetzung neuer Stellen legen. Schön, wenn es so wäre! Hier zeigt sich, wie schon in den vergangenen Jahren, leider das altbekannte Problem dieser Landesregierung. Rechnerisch haben Sie noch nicht eine der zusätzlichen neuen Stellen des vergangenen Jahres besetzt.

Nehmen wir als Beispiel ganz konkret den Strafvollzug. Laut Ihrer Information im Rechtsausschuss waren im Strafvollzug zum 01.07.2020 insgesamt 124

Stellen weniger besetzt als genau ein Jahr vorher. Um es hier genau aufzuschlüsseln – die Statistik kann ich Ihnen nicht ersparen –: Am 1. Juli 2019 waren im Strafvollzug insgesamt 8.537,15 Stellen besetzt. Am 1. Juli 2020, also ein Jahr später, waren es nur 8.412,65 Stellen, also 124 weniger. Diese 124 Stellen weniger kamen zu den unbesetzten Stellen hinzu, die im Strafvollzug zuvor schon unbesetzt waren. In der Summe waren zum Stichtag 01.07.2020 im Strafvollzug insgesamt 779 Stellen unbesetzt. Das heißt, dass mehr als 9,2 % aller Stellen im Strafvollzug unbesetzt sind. Im gleichen Zeitraum sind aber in einem anderen Bereich Stellen kontinuierlich hinzugekommen, und zwar im Ministerium selbst.

(Sven Wolf [SPD]: Die wurden auch alle besetzt!)

Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Wir finden, dass mehr Personal an den nordrhein-westfälischen Gerichtsstellen benötigt wird. Wenn allerdings neue Stellen im Haushaltsplan geschaffen, aber nicht besetzt werden, ist dies wenig hilfreich. Es ist das Sparschwein des Finanzministers.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt anführen, nämlich die Wertschätzung von Arbeit. Dieser Haushalt ist unter dem Aspekt mehr als mutlos. In der Justiz sind derzeit 1.400 Stellen befristet, davon 1.000 sachgrundlos. Das ist ein Skandal. Sieht so Ihre Wertschätzung aus? Nicht ernsthaft!

Ein letztes Thema möchte ich ansprechen. Leider hat die Landesregierung in ihren schriftlichen Antworten auf unsere Fragen zum Haushalt zu keiner Verbandsforderung nach besoldungsrechtlichen Veränderungen den Willen und die Perspektive aufgezeigt, gesetzgeberisch aktiv werden zu wollen. Es ist an der Zeit, viel mehr für die Beschäftigten zu tun. Sie sind es wert. Sie tragen die Hauptlast dafür, dass unser Justizapparat läuft.

Zeigen Sie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern endlich die Wertschätzung, die sie verdienen. Und sorgen Sie dafür, dass der nächste Haushalt nicht so mutlos ist, dass alle, die Respekt verdienen, diesen auch bekommen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Bongers. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Erwin das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Angela Erwin (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Haushaltes 2021 steht unter dem Stern einer besonderen Zeit. Das Jahr 2020 hat uns in eine Ausnahmesituation versetzt. Obwohl wir die Folgen und die Herausforderungen, die die Coronapandemie sicherlich mit sich bringen wird, noch nicht abschließend

absehen können, gelingt es der NRW-Koalition, ihren klaren Weg in der Justiz fortzusetzen.

2018, 2019 und 2020 durfte Nordrhein-Westfalen bereits erleben, dass Wehrhaftigkeit und die besondere Bedeutung des Rechtsstaates nicht wie unter Rot-Grün nur vorgeschobene Begrifflichkeiten sind. Seit dem Regierungswechsel zeigt Schwarz-Gelb stringent und nachhaltig, wie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat wiederhergestellt werden kann.

(Beifall von Daniel Sieveke [CDU] und Gregor Golland [CDU])

Der Haushalt 2021 geht diesen Weg konsequent weiter. Er macht klar, dass NRW die Konstante in der bundesweiten Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat bleibt. Wir kümmern uns um eine stärkere Justiz und zeigen das sowohl in finanzieller als auch personeller und technischer Hinsicht.

Unsere Nulltoleranzstrategie greift auch in diesem Haushalt wieder, in dem Mittel bereitgestellt werden, um entscheidende Ziele zu erreichen. Wir wollen eine konsequente Strafverfolgung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie gewährleisten. Wir wollen die neuen Regelungen zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet implementieren. Und wir wollen für die konsequente strafrechtliche Aufarbeitung der Cum-Ex-Geschäfte Sorge tragen.

Zur Erreichung dieser Ziele brauchen wir zuallererst Personal. Wir schaffen deshalb eine finanzielle Grundlage für insgesamt sagenhafte 646 neue Stellen für die Justiz. Davon entfallen 109 Stellen auf Richterinnen und Richter sowie zahlreiche Stellen auf den Justizwachtmeisterdienst. Hinzu kommen 164 neue Planstellen für die Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften. Allein 14 neue Stellen werden bei der ZAC zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität geschaffen.

In den Jahren 2018, 2019, 2020 und 2021 schafft die NRW-Koalition somit 449 neue Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Das ist mehr als das, was in dem bundesweiten Pakt für den Rechtsstaat vorgesehen ist.

Wenn man zusätzlich bedenkt, dass keine dieser Stellen kw-Vermerke hat, wird noch deutlicher, was ich schon zu Beginn angedeutet habe: NRW geht nachhaltig voran und schafft Ressourcen, die gerade im Vergleich mit anderen Bundesländern kein Selbstläufer sind.

Christian Friehoff, Landesvorsitzender des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, findet dazu passende Worte – ich zitiere mit Ihrem Einverständnis –: Der Haushaltsentwurf ist erneut ein starkes Bekenntnis zum Rechtsstaat. – Weiter bezeichnet er die Schaffung von Stellen in den vergangenen Jahren und in diesem Jahr als beispiellos.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können Herrn Friehoff nur zurufen: Recht haben Sie. Wir werden so weitermachen.

(Beifall von Daniel Sieveke [CDU], Gregor Golland [CDU] und Christian Mangen [FDP])

Uns gelingt es, eine Ausgangslage zu schaffen, in der NRW zahlreichen und unterschiedlichen Bedrohungen mit einer starken Justiz die Stirn bieten kann. Das geht nur mit erfolgreicher Strafverfolgung und gewappneter Justiz, die unkompliziert mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeitet.

Mit Blick auf den demografischen Wandel brauchen wir aber nicht nur hier und jetzt Kapazitäten, sondern auch zukunftsgerichtete Ansätze. Wir priorisieren deshalb den Ausbau der Ausbildung und konzentrieren uns auch in diesem Haushalt weiter auf die Digitalisierung der Justiz.

70 zusätzliche Einstellungsermächtigungen für Justizanwältinnen und -anwälte, zusätzliche Planstellen für Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz sowie ein enormer Betrag an Sachmitteln rund um die Aus- und Weiterbildung sind ein Teil der Säulen, auf denen die Justiz der Zukunft steht. Die Erweiterung des Angebots der digitalen Lehre und der Digitalisierung der Justiz im Allgemeinen geben weiteren Halt. Die Fortführung der IT-Zentralisierung, die Pilotierung der elektronischen Akte und die Fortführung des Projekts eJustice seien hier nur beispielhaft erwähnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können mit Fug und Recht festhalten: Trotz schwerer Bedingungen in der Coronapandemie kann die NRW-Koalition einen äußerst erfolgversprechenden Justizhaushalt 2021 vorlegen. Dieser Haushalt wird der Bedeutung der dritten Gewalt in unserem Land gerecht. Denn für uns ist eines ganz klar: Der Rechtsstaat hat immer zu funktionieren, gerade jetzt in schweren Zeiten. Wir wollen Sicherheit und Rechtsfrieden gewährleisten. Dafür stabilisieren wir mit diesem Haushalt das Fundament weiter. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Erwin. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Engstfeld das Wort.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ganz gut, wenn hier desinfiziert wird. Dann kann sich der Weihrauch, den die Kollegin Erwin gerade über diesen Haushaltsentwurf verteilt hat, noch ein bisschen verziehen.

Dieser Haushalt sieht für die Justiz insgesamt 646 Stellen vor. Das ist erst einmal erfreulich.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Schaut man aber genauer hin, stellt sich schnell heraus, dass mit diesem Haushalt zwar immer weitere Stellen geschaffen werden, dann aber nicht besetzt werden können.

Die Lage in der Justiz ist jedoch ernst. Sowohl bei den Gerichten als auch in den Justizvollzugsanstalten sowie in allen Bereichen der Justiz sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überlastet. Es fehlt überall an geeignetem Personal. Zudem steht die große Pensionierungswelle in der Justiz an. Neueingestelltes Personal gleicht also nur die anstehenden Pensionierungen aus – nicht mehr und nicht weniger.

Es reicht deshalb nicht, was Sie, Herr Justizminister, in diesen Haushalt eingebracht haben. Das gilt zum einen für die Anzahl der neugeschaffenen Stellen. Zum anderen gilt es auch dafür, dass Sie alle diese Stellen gar nicht besetzt bekommen. Im Ergebnis wird die Überbelastung in der Justiz mit diesem Haushalt nicht spürbar reduziert werden.

Die Entlastung in der Justiz muss aber jetzt geschehen. Herr Minister Biesenbach, Sie können nicht länger darauf warten, irgendwann doch noch genügend Personal für all die unbesetzten Stellen zu finden.

(Beifall von den GRÜNEN und Sven Wolf [SPD])

Unserer Meinung nach muss eine Entlastung durch eine veränderte Prioritätensetzung geschehen. Statt Schwarzfahrerinnen und Schwarzfahrer oder Menschen, die containern, durch die Staatsanwaltschaften strafrechtlich verfolgen zu lassen, sollten endlich vernünftige Prioritäten gesetzt werden, damit letztlich nicht Menschen im Gefängnis sitzen, die dort nicht hingehören. Zum Beispiel belasten Ersatzfreiheitsstrafen den Justizvollzug massiv, ohne jedoch eine nennenswerte positive Wirkung zu haben. Ändern Sie das, Herr Biesenbach!

Ändern Sie Ihre Politik auch dahin gehend, dass sich Steuersünder in Millionenhöhe nicht entspannen können, sondern dahin kommen, wo sie hingehören, nämlich ins Gefängnis.

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE])

Stichwort „Cum-Ex“: Der Name leitet sich daraus ab, dass Aktien mit, also „cum“, und ohne, also „ex“, Dividende gehandelt wurden. Das Ziel war: Viele Beteiligte ließen sich Steuern vom Staat erstatten, obwohl diese nur einmal gezahlt wurden. Der Schaden für die Allgemeinheit lag damit im Milliardenbereich.

Im aktuellen Koalitionsvertrag heißt es – ich zitiere –:

„Christdemokraten und Freie Demokraten werden künftig eine Null-Toleranz-Politik gegen Kriminelle verfolgen ...“

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit und die Durchsetzung von Recht und Gesetz gehören zu den wichtigsten Kernaufgaben des Staates.“

Kriminelle sollen sich nicht sicher fühlen. In Sachen „Cum-Ex“ findet sich davon keine Spur. Hat Minister Biesenbach ein Konzept zu Cum-Ex? – Nein.

Wir haben jetzt aber ein Problem, und das sind die Verjährungsfristen, die vor der Tür stehen und die dafür sorgen können, dass viele Steuerbetrüger ungestraft davonkommen. Noch im Juni haben Sie, Herr Minister Biesenbach, im Rechtsausschuss erklärt, dass Sie in der Sache der Verjährungsfrist keine Not sähen. Ein paar Monate später haben Sie sich dann vehement bei der Bundesregierung für die Verlängerung der Fristen eingesetzt.

Am 5. November dieses Jahres antworteten Sie auf eine Kleine Anfrage, die ich gemeinsam mit meiner geschätzten Kollegin Frau Düker gestellt habe – ich zitiere –:

„Fallkonstellationen, in denen schon im Zeitpunkt der Aufnahme von Ermittlungen (Teil-)Verjährung eingetreten ist, sind nicht auszuschließen.“

Ist Ihnen erst zwischen Juni und November aufgefallen, wie viel Beschuldigte es gibt?

Warum braucht es außerdem die Verlängerung der Verjährungsfristen? – Sie haben es ganz einfach jahrelang nicht geschafft, die Justiz in NRW personell vernünftig auszustatten. Die immer noch ausbaufähige Personalausstattung der Justiz – das wird gerade am Beispiel Cum-Ex deutlich – lässt daran zweifeln, dass der Rechtsstaat durchsetzungsfähig ist. Das geht nicht, und das liegt in Nordrhein-Westfalen in Ihrer Verantwortung.

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE])

Es zeigt sich auch, Herr Biesenbach, dass die zuständige Staatsanwaltschaft von Ihrem Dienstherrn trotz markiger Ankündigung, die Aufarbeitung dieses Steuerskandals zur Chefangelegenheit zu machen, hängen gelassen wird. Offenbar gilt die Nulltoleranzstrategie der Regierung Laschet nicht für die Cum-Ex-Betrüger mit ihrem beispiellosen Raubzug durch die öffentlichen Kassen. Das ist beschämend.

Ein letzter Punkt, der mich in diesem Haushalt stört, ist die Streichung der Ausgaben für Maßnahmen zur Haftverkürzung und zur Haftvermeidung auf null. Laut dem Ministerium werden diese Projekte künftig mit dem eigenen Personal bewältigt anstatt wie bislang in Kooperation mit freien Trägern. Das ist seltsam. Anscheinend hat an vielen Stellen eine Unzufriedenheit mit den freien Trägern geherrscht, wenn nun alles mit den eigenen Leuten bewältigt werden soll.

Ich finde es bedauerlich, dass die bewährte Arbeit der freien Träger an den bestehenden Standorten allein durch die justizinternen Dienste ersetzt wird.

Selbst bei einer flächendeckenden Ausweitung der Haftvermeidung und Haftverkürzung wäre eine Beteiligung der freien Träger mit ihrer Expertise in den Anstalten wünschenswert und im Sinne des Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Das machen Sie aber nicht. Warum eigentlich nicht? Darauf hätte ich gerne eine Antwort von Ihnen.

Wir lehnen den Haushalt ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Als nächster Redner hat nun Herr Abgeordneter Mangan für die FDP-Fraktion das Wort.

Christian Mangan (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um in dem Bild mit dem Weihrauch zu bleiben, das der Kollege Engstfeld gerade gezeichnet hat: Wir hätten die Zeit nutzen können, damit sich der Nebel, den er hat aufziehen lassen, lichtet.

Wenn wir ehrlich sind, ist heute ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen. Wir diskutieren den Haushaltsentwurf für das Jahr 2021 in denkbar außergewöhnlichen Zeiten. Gerade jetzt zeigt sich, dass ein funktionierender Rechtsstaat ein entscheidender Pfeiler unserer Demokratie ist.

Umso wichtiger ist es, dass wir uns im kommenden, aber auch in den darauffolgenden Jahren in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Justiz gut aufstellen. Die NRW-Koalition plant daher für das kommende Haushaltsjahr fast 5 % Mehrausgaben in der Justiz gegenüber dem Vorjahr.

Ich meine, das Ministerium kann alles in allem mit dem Haushalt sehr zufrieden sein; denn wenn das, was gerade an Kritik von der Opposition kam, alles ist, hat das Ministerium seine Hausaufgaben offenbar sehr gut erledigt.

Ein Schwerpunkt des Haushaltsentwurfs 2021 liegt in der Fortsetzung der personellen Verstärkung im Justizbereich. Insgesamt werden 646 neue Planstellen in der Justiz und im Justizvollzug geschaffen.

Im Detail bedeutet das, dass den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit 332 neue Stellen zukommen.

Gerade auch im Hinblick auf die Abarbeitung der Cum-Ex-Skandale – Kollege Engstfeld hat das soeben infrage gestellt – und anderer Verfahren sowie die Strafverfolgung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie werden die Generalstaatsanwälte

und Generalstaatsanwaltschaften derzeit mit 164 neuen Stellen verstärkt.

Die Nachwuchsgewinnung bleibt eines der Hauptthemen. Das Personalmarketing der Justiz in NRW ist für seine Arbeit mehrfach ausgezeichnet worden. In dieser Woche geht das Ministerium der Justiz mit zwei neuen Kampagnen in die Schlussphase des Jahres. Die NRW-Koalition hält, was sie verspricht.

Besonders hervorheben möchte ich, dass die im Haushaltsjahr 2018 begonnene Stärkung des Justizvollzuges fortgesetzt wird; hier kommt der Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission eine besondere Bedeutung zu. Der Haushaltsentwurf 2021 sieht dafür rund 10 Milliarden Euro vor, und zwar insbesondere zur Ausstattung der Haft Räume mit brandhemmendem Mobiliar, brandhemmenden Matratzen sowie für Maßnahmen des baulichen Brandschutzes.

Weitere Schwerpunkte im Justizvollzug sind unter anderem die Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl an Haftplätzen, die Verbesserung der Behandlungsmöglichkeiten psychisch kranker Gefangener – das ist uns allen sehr wichtig –, die Intensivierung der Prävention, die Bekämpfung politischer und religiös-extremistischer Bestrebungen von Gefangenen, der Ausbau der Sozialtherapie, die Bekämpfung des Drogenkonsums und des Handels sowie die Erhöhung der Beschäftigungsquote. Die Justizvollzugseinrichtungen werden mit 137 neuen Stellen gestärkt.

All diese Maßnahmen dienen auch und insbesondere dem Schutz der Bediensteten in den Anstalten.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Aus- und Fortbildung in der Justiz. Es werden acht zusätzliche Planstellen für die Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz und zusätzliche Sachmittel für die Unterbringung, die Verpflegung und die Dozentenvergütung bereitgestellt.

Schließlich möchte ich noch auf die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs eingehen. Die Freien Demokraten haben sich schon lange für die Digitalisierung eingesetzt. Wir unterstützen somit, wenn die bis zum Ende des Jahres 2021 vorgesehenen Planstellen bis ins Jahr 2026 verlängert werden.

Daneben wird die Durchführung des Projekts durch Sach- und Investitionsmittel in Höhe von insgesamt 43,5 Millionen Euro gestärkt, damit die Justiz auch in der Zukunft digital gut aufgestellt ist. Wie wichtig das ist, konnten wir insbesondere in den letzten neun Monaten beobachten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Justiz in NRW befindet sich insgesamt in einer positiven Entwicklung. Die Maßnahmen im vorliegenden Haushaltsentwurf 2021 sind ein weiterer Schritt

auf diesem wichtigen Weg; denn es geht um unser Land. – Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Mangel. – Als nächster Redner hat für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Röckemann das Wort.

Thomas Röckemann^{*)} (AfD): Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Redensart kam mir in den Sinn, als ich den Einzelplan des Justizministeriums für den Haushaltsplanentwurf 2021 las.

Erinnern wir uns ein Jahr zurück! Da stimmte die AfD gegen den Haushaltsplanentwurf für 2020. Was habe ich damals über Ihre halbherzige Vorgehensweise geschimpft. Die Zahlen aus der Justiz sprachen schließlich gegen ein so laues Flämmchen, wie Sie es letztes Jahr entzündet haben.

Die Belastung der Verwaltungsgerichte ist seit 2015 unfassbar stark angestiegen, und natürlich sind alle anderen Bereiche der Justiz ebenso betroffen. Also brachten wir im Jahr 2019 für 2020 dementsprechende Änderungsanträge ein, um zumindest die Zahl der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen zu erhöhen.

Meine Damen und Herren Kollegen, auch von der Regierung, damals waren Sie noch bockig. Da haben Sie unsere sinnvollen Anträge allesamt verworfen. Das war 2019.

Jetzt liegt der Haushaltsplanentwurf für das nächste Jahr vor, und ich komme aus dem Staunen nicht mehr heraus. Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, haben sich unsere Anträge aus dem letzten Jahr nicht nur zu eigen gemacht, nein, Sie haben sie sogar noch überboten.

(Zurufe von der CDU)

Das ist, um es mit dem unvergessenen Hans Rosenthal zu sagen, spitze. Ich sage mal: AfD wirkt. Schade nur um das verlorene Jahr.

Leider haben Sie auch dieses Jahr unsere Änderungsanträge abgelehnt. Dennoch und in der Hoffnung auf Ihre Lernfähigkeit werden wir den Entwurf des Einzelplans für die Justiz nicht ablehnen. Wir werden uns der Stimme enthalten.

(Daniel Sieveke [CDU]: Oh!)

Enttäuschen Sie die Bürger nicht erneut! Denn selbst wenn die Ansätze gut sind, so reichen sie längst nicht aus, um die Justiz langfristig zu entlasten. Die große Pensionierungswelle rollt auf uns zu. Der Deutsche

Richterbund geht davon aus, dass bis 2030 mehr als 10.000 Richter und Staatsanwälte aus der Justiz ausscheiden werden. Diese Lücken müssen schon jetzt gefüllt werden; die Leute müssen ja schließlich erst ausgebildet werden.

Im Justizvollzug zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Hier müssen wir beim Nachwuchs ansetzen. Deshalb unsere Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2021, die so sinnvoll sind. Seien Sie klug! Stimmen Sie dafür und nicht erst wieder im kommenden Jahr. Zeigen Sie damit auch endlich parteiübergreifend Courage und somit ein sehr gutes Profil.

Beseitigen Sie zudem eine weitere Baustelle – das liegt uns natürlich sehr am Herzen – und schieben Sie endlich im Benehmen mit allen anderen Ministerien alle sich unberechtigt in NRW aufhaltenden Ausländer ab. Im Jahr 2019 waren 36 % aller Inhaftierten in Nordrhein-Westfalen Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Jetzt kommen Sie mir nicht mit Statistiken, wonach die Kriminalität seit Jahren tendenziell abnimmt. Das mag in einzelnen Bereichen stimmen, aber in anderen nicht. Erklären Sie lieber den Opfern ausländischer Gewalttaten, weshalb mehr als ein Drittel der in Nordrhein-Westfalen Inhaftierten Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind, während sie nur grob ein Sechstel der Gesamtbevölkerung in Nordrhein-Westfalen ausmachen. Und vor allem erklären Sie den Opfern, was Sie dagegen unternehmen werden, mal abgesehen von noch mehr und noch mehr und noch mehr Justiz.

Nehmen Sie sich zu Herzen, was ich gesagt habe, dann kommen wir zu einer etwas weniger belasteten Justiz. Diese weniger belastete Justiz kommt jedem redlichen Bürger in Nordrhein-Westfalen zugute. – Schönen Dank und einen guten Abend.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Röckemann. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Biesenbach das Wort. Bitte sehr.

Peter Biesenbach^{*)}, Minister der Justiz: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So unterschiedlich können Wertungen sein: von Herrn Engstfeld in die Tonne gehauen, dann von Herrn Röckemann mit Rosenthal nach oben geholt und bei Frau Bongers – ich darf das mal so sagen – liebevoll behandelt.

(Zuruf von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Als ich vor exakt drei Jahren den ersten Haushaltsplanentwurf dieser neuen Landesregierung hier vorstellte, habe ich Ihnen gesagt, dass wir die Justiz in Nordrhein-Westfalen wieder zum Garanten für

Sicherheit und Freiheit und auch zum Garanten des Rechtsstaats machen. Heute kann ich sagen: Ich bin stolz auf das, was wir getan haben.

Sie haben gerade gehört – ich greife jetzt die Äußerung von Frau Bongers auf –: Die Zahlen sind prima, es sind nur noch nicht genug Stellen besetzt. – Na, das ist doch was.

Ich will Ihnen auch einen Vergleich mit der Vorgängerregierung nicht ersparen. Die Vorgängerregierung hat in ihrer gesamten Regierungszeit von 2011 bis 2017, also in sieben Jahren, insgesamt 1.758 neue Planstellen und Stellen im Einzelplan der Justiz geschaffen, Herr Wolf, davon allerdings 550 ohne Budget.

(Sven Wolf [SPD]: Aber die waren besetzt! – Henning Höne [FDP]: Wer war da Justizminister?)

Addieren wir die Zahlen, die wir mit diesem Haushalt vorschlagen, dann kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir in lediglich vier Haushaltsjahren insgesamt 2.621 neue Planstellen und Stellen geschaffen haben.

(Sven Wolf [SPD]: Herr Minister, wenn Sie mir jetzt noch sagen, wie viele befristete Stellen das waren!)

– Das Schöne ist, lieber Herr Wolf, dass uns das nicht nur Achtung in anderen Bundesländern einbringt, sondern mir manche Kolleginnen und Kollegen auch sagen: Wir beneiden dich darum.

Ich danke auch den regierungstragenden Fraktionen dafür, dass sie einfach mitmachen, dass sie erkennen: Hier ist wirklich die Notwendigkeit gegeben. Wir werden die Justiz und den Justizvollzug dahin bringen, wo er hingehört. Wir werden den Rechtsstaat Nordrhein-Westfalen wieder an die Position bringen, die ihm wirklich gebührt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Frau Bongers, Sie beklagen – ich bin doch einverstanden –, dass wir viele Stellen nicht besetzt haben. Das liegt daran, dass wir großzügig genug waren, zu sagen: Wir schaffen die Stellen und suchen uns dann die guten Leute. – Wir könnten doch die Stellen sofort besetzen, wenn wir keine Qualitätsansprüche stellen würden. Nein, wir wollen nicht nur eine funktionierende Justiz, wir wollen auch eine qualitativ gut funktionierende Justiz.

Nehmen Sie ein anderes Beispiel, nicht nur den Justizvollzug. Addieren wir einmal, wie es im Richterdienst aussieht; Sie mögen auch addieren, wie viele Stellen nicht besetzt sind. Fakt ist, dass wir am 01.04.2017 im Vergleich zu heute 400 Stellen weniger besetzt hatten, 400 Richter und Staatsanwälte weniger als heute. Die auf den Weg gebrachten

Personalverstärkungen stehen nicht nur auf dem Papier, sie kommen auch an die Schreibtische.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Und wenn Sie sagen, dass das im Justizvollzug vielleicht etwas anderes ist, ist meine Antwort: Ja, klar. Es ist auch viel schwieriger, Menschen zu finden, die diesen Beruf ausüben können. Dazu taugt nicht jeder. Man muss die Kraft haben, täglich in die Anstalten zu gehen. Man muss die Kraft haben, dort mit den Menschen umzugehen, die einen weiß Gott nicht jeden Tag ermuntern, zu sagen: Arbeitet gut mit uns zusammen.

Die Anstalten schreiben aus, die Anstalten stellen ein, führen die Gespräche. Die Anstalten selbst suchen sich aus, wen sie haben wollen. Wenn das nun etwas länger dauert, dann liegt das daran, dass wir in den Anstalten keine Probleme haben wie vielleicht in anderen Bereichen. Das ist doch ein Vorteil und spricht dafür, dass wir eine gut funktionierende Situation haben. Wenn Sie also sagen – dann einige ich mich sofort mit Ihnen –, der Wunsch ist, die Stellen zu besetzen, dann haut das hin.

Frau Präsidentin, ich bitte um Nachsicht, wenn ich die Redezeit ein wenig überziehe, aber ich muss mich noch ein wenig mit Herrn Engstfeld auseinandersetzen.

Herr Engstfeld, Sie haben so nett gefragt: Warum müssen die freien Träger in Sachen „Haftvermeidung“ aufgeben? Ganz einfach: Wir hatten in zwei Anstalten noch freie Träger, die Haftvermeidung und Haftverkürzung bearbeiten konnten. Da wir wollen, dass in allen Anstalten das Thema „Haftvermeidung und Haftverkürzung“ bearbeitet wird, versuchen wir, das Übergangsmanagement entsprechend auszuweiten. Wenn Sie den Haushalt sehen, stellen sie fest, dass dort die Stellen für die entsprechenden Sozialarbeiter ausgebracht sind.

Unser Ziel ist es, das in allen Anstalten anzubieten. Wir haben den freien Trägern angeboten, dass wir, wenn sie es denn möchten, das Personal, das sie da haben, übernehmen. Hier wird also nichts aufgegeben, sondern hier wird aufgebaut. Wir wollen die Haftvermeidung zu einem umfassenden Angebot machen.

Jetzt zu einem Punkt, der der Hauptteil Ihrer heutigen flammenden Rede war: Cum-Ex. Lieber Herr Engstfeld, Sie wissen, wir wissen beide, dass wir uns gegenseitig schätzen. Aber ich kann Ihnen hier den Vorwurf nicht ersparen, dass Sie sich in dieser Sache nicht rundherum informiert haben. Als ich das Amt übernahm, habe ich das Personal im Vergleich zu heute nicht nur vervierfacht, sondern auch gesagt: Wir sorgen dafür, dass wir massiv angreifen.

Sie sagen, dass ich zugegeben hätte, im November nicht ausschließen zu können, dass einige Sachen vielleicht schon verjährt seien. – Ja, natürlich, aber

die waren verjährt, als ich das Amt übernahm. Herr Engstfeld, beim Aufarbeiten der ganzen Situation erfahren wir, dass wir möglicherweise gar nicht wissen, was aus Vorzeiten schon alles verjährt ist.

(Henning Höne [FDP]: Wer war denn vorher Justizminister?)

Ich mache keinem einen Vorwurf, wir mussten das alles erst aufarbeiten. Wenn Sie wollen, können wir darüber in Ruhe debattieren. Auch heute kann es immer noch zu der Situation kommen, dass Sachen verjährt sind, die wir gar nicht kennen. Es kann immer noch sein, dass Sachen verjähren, weil wir sie noch nicht kennen. Das ist eben der Wust, der da kommt; aber die Sachen, die wir kennen, gehen wir auch entsprechend an.

Sie fragen, ob wir hartnäckig genug seien. – Ich werde Ihnen von einem tollen Erfolg berichten: Wir haben vor wenigen Wochen im Bundesrat einen Antrag gestellt, die relative Verjährungsfrist zu verändern und – der Rechtsprechung des BGH folgend – bezüglich der Einziehung von Vermögen die Vorschriften zu ändern, um auch da keine Verjährung zu riskieren. Es gab Bewegungen sowohl im Bundesfinanzministerium als auch im Bundesjustizministerium dahingehend, diesen Weg nicht mitzugehen.

Ich bin heute richtig stolz darauf, dass wir es inzwischen geschafft haben, dass CDU/CSU-Fraktion und SPD-Fraktion das, was wir für richtig halten, in diesem Jahr im Jahressteuergesetz 2020 verabschieden werden und damit diese Risiken beseitigen. So arbeiten wir – im Stillen, aber konsequent und erfolgreich. Ich finde es toll, dass der Bund in der Lage war, zu sagen: Ja, wir machen das, wir halten das für richtig, und wir übernehmen das. – Das sind die Dinge, die wir brauchen, damit wir die Arbeit erfolgreich erledigen können.

Wenn Sie wollen, können wir das gerne in aller Ruhe vertiefen. Wir wollen, dass diese kriminelle Industrie, die Steuerhinterziehungsindustrie, da angepackt wird, wo es weh tut. Wir wollen ihr Geld, und wir wollen alle diejenigen, die dort kriminell sind, vor Gericht bekommen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Damit Sie den aktuellen Stand kennen: Wir haben das erste Gerichtsurteil in Bonn. Dort sind die Akteure der – wenn Sie so wollen – operativen Ebene verurteilt worden. Es läuft jetzt ein Prozess – Sie können es nachlesen – mit einem prominenten Verteidiger: Peter Gauweiler. Wir haben die mittlere Ebene im Augenblick nicht nur angeklagt, vielmehr hat das Verfahren schon begonnen. Wir werden in kurzer Zeit, in wenigen Wochen, auch die obere Ebene, die Leitungsebene, vor Gericht haben. Dann werden alle drei Verfahren zu Ende sein.

Was die Gerichtsverfahren angeht, werden wir richtig loslegen können, wenn wir wissen, wie sich der Bun-

desgerichtshof verhält: Macht er bei der operativen Ebene, der mittleren Ebene oder auch der Führungsebene mit? Hier wird intensiv darüber nachgedacht werden müssen, wie die subjektive Seite aussieht. Kann der Vorwurf auch entsprechend nachgewiesen und erhärtet werden? Aber in dieser Situation brauchen wir die Entscheidung durch den Bundesgerichtshof.

Sie müssen sich keine Sorgen machen. Im Haushalt stehen – bitte lesen Sie nach – Richter für drei weitere Kammern am Landgericht Bonn nur für Cum-Ex-Verfahren; für die nächsten Jahre ist das ebenfalls vorgesehen.

Das sind die Fakten. Wenn Sie sagen würden, dass Sie das gut fänden, würden sie auch Verständnis für die Arbeit zeigen, die wir machen. Wir machen viel mehr im Stillen, als allgemein bekannt wird, aber das mit Erfolg. Ich finde, das ist eine gute Politik für unser Land. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Biesenbach, auch für die Ankündigung der Redezeitüberziehung; es waren 4:18 Minuten. – Das vorwegstellend, möchte ich fragen, ob es weitere Wortmeldungen gibt? – Das ist erkennbar nicht der Fall.

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Schluss der Aussprache und kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 04, den Einzelplan des Ministeriums der Justiz. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11904, den Einzelplan 04 unverändert anzunehmen. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 04 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Ich darf fragen, wer dem Einzelplan 04 zustimmen möchte? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es bei der Fraktion der AfD. Damit stelle ich fest, dass der **Einzelplan 04 in der zweiten Lesung angenommen** wurde.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/11911

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11932